

Eine amerikanische
Einschätzung
der deutschen Haltung

Seltsame Solidarität

Jeffrey Gedmin

Selbstverständlich sind die Amerikaner etwas verwirrt. Das begann vor etwa einem Jahr, zu dem Zeitpunkt, als Kanzler Gerhard Schröder den Vereinigten Staaten die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands im Kampf gegen den Terrorismus zusagte.

Ungefähr zur gleichen Zeit sann Ulrich Wickert, der bekannte Nachrichtensprecher, öffentlich über Ähnlichkeiten in den Denkstrukturen George W. Bushs und Usama bin Ladens nach. Der Nobelpreisträger Günter Grass stimmte ihm dabei zu. Der Komponist Karl-Heinz Stockhausen beschrieb den Angriff auf das World Trade Center als ein Kunstwerk. Und der Modeschöpfer Joop gab den Amerikanern die Schuld für diese Gräueltaten. Es läge ja offensichtlich an uns, dass sich die Araber so gedemütigt fühlten. Die deutsche Solidarität scheint tatsächlich keine Grenzen zu kennen.

Merkwürdige Belehrungen

Im Wahlkampf vor der Bundestagswahl sprach sich Gerhard Schröder für eine Friedenspolitik aus und lehnte eine deutsche Beteiligung an einem „amerikanischen Irak-Abenteuer“ kategorisch ab. Und die Amerikaner? Was hatten sie eigentlich erwartet?

Ein führender Parlamentarier verglich den US-amerikanischen Präsidenten mit einem römischen Kaiser; eine Justizministerin meinte sogar, Adolf Hitler wäre ein treffenderer Vergleich.

Tatsächlich ist es unter führenden Presseprechern nicht unüblich – unabhängig

vom Bundestagswahlkampf, der kam und ging, so wie auch Schröders leichtfertige Justizministerin, Herta Däubler-Gmelin –, drei Gründe anzuführen, warum die Vereinigten Staaten Saddam Hussein seines Amtes entheben möchten:

1. Amerika will Öl,
2. Amerika will im Nahen Osten den Ton angeben und
3. Amerika will seine europäischen Verbündeten unter Druck setzen.

Diese Diskussion hat schon seltsame Züge angenommen. Sie scheint sich sogar viel öfter um Amerika zu drehen als um den Irak beziehungsweise die Bedrohung, die vom gegenwärtigen Regime in Bagdad ausgeht. Nach jahrelangem Kampf für eine Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak – lediglich das irakische Volk würde darunter leiden, so wurden wir Amerikaner belehrt – beschwört Europa nun die Tugenden dieses wirtschaftlichen Prügelstocks. „Gebt den Sanktionen eine Chance zu greifen“, beeilt sich die deutsche Regierung zu verkünden.

Noch viel seltsamer mutet an, dass nach eifriger Beteiligung an einer Militäraktion im Kosovo ohne UN-Mandat Europa jetzt darauf zu beharren scheint, dass nur die Vereinten Nationen dem amerikanischen Bedürfnis nach Selbstverteidigung eine juristische Basis geben können. Eine deutsche Fernsehshow rief kürzlich die Zuschauer auf, ihre Meinung dazu zu äußern, ob Deutschland einlenken solle. Diese Frage galt allerdings nicht einer Kontroverse Berlin/Bagdad, sondern der Auseinandersetzung zwischen

Schröder und Bush (75 Prozent sprachen sich hier für eine harte Haltung Deutschlands gegenüber Washington aus).

Offensichtlich gibt es ein Problem. Deutschland mag sich vielleicht als besonders stachelig erweisen, jedoch hatte sich schon vor der Irak-Diskussion in fast ganz Europa Enttäuschung über die Vereinigten Staaten breit gemacht.

Europäische Enttäuschung

Bedenken wir doch einmal Folgendes: Das Kyoto-Protokoll, der Internationale Strafgerichtshof, das Verbot von Landminen – von der Kritik an der in den USA praktizierten Todesstrafe bis hin zum „kritischen Dialog“ der Europäischen Union mit den Mullahs in Teheran –, seit mindestens zehn Jahren versuchen uns die europäischen Führungsspitzen zu erklären, dass sie eine neue Weltordnung anstreben, dass ihre Vorstellungen in einigen grundlegenden Positionen von den unseren abweichen und dass sie an einer Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen interessiert sind. Europa wünscht sich mehr Einfluss und eine größere Unabhängigkeit.

Wir Amerikaner haben weder gut zugehört noch entsprechend reagiert. Kyoto war nur ein Beispiel dafür, wie Amerikas offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber den Befindlichkeiten seiner engsten Verbündeten seinem Ansehen in Europa geschadet und die Fähigkeit, amerikanische und transatlantische Interessen zu vereinen, beeinträchtigt hat.

Genauso wenig hat Europa amerikanischen Hinweisen Beachtung geschenkt. „Die Angelegenheit Europa ist geklärt“ lautet die umgangssprachliche Kurzformel in Washington. Nach der deutschen Wiedervereinigung, der Auflösung der Sowjetunion und einer bescheidenen Befriedung und Stabilisierung auf dem Balkan erscheint es nur logisch, dass sich das amerikanische Sicherheitsdenken und die außenpolitischen Interessen verschieben.

Die Beziehungen in Handel, Wirtschaft und Kultur sind selbstverständlich nach wie vor sehr eng. Die Vereinigten Staaten haben zirka 650 Milliarden Dollar an direkten Investitionen in Europa, die EU verfügt über Investitionen von fast 900 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten.

Nichtsdestotrotz sind es eher die „chinesische Herausforderung“, die bevorstehende Wiedervereinigung Koreas und mögliche Konflikte in Zentralasien, im Nahen Osten und in der Golfregion, die heute die Fantasie führender amerikanischer Strategen beflügeln. Diese Themen und Gebiete werden neben der terroristischen Bedrohung und der Gefahr, die von feindlichen Staaten mit Massenvernichtungswaffen ausgeht, in den nächsten Jahren sehr viel politisches und intellektuelles Kapital sowie wirtschaftliche Ressourcen der Vereinigten Staaten verschlingen. Wo bleibt dabei das atlantische Bündnis?

In zahllosen Stellungnahmen der letzten Jahre haben führende Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks betont, dass sich Amerika und Europa gemeinsam den neuen globalen und strategischen Herausforderungen stellen müssen. Die Basis für eine solche Zusammenarbeit könnte jedoch entschwinden.

Die Streitpunkte

Die letzten zehn Jahre waren zweifellos eine schwierige Zeit. Europa mag durchaus von Amerika hinsichtlich seiner Prioritäten und politischen Präferenzen in unterschiedlichen Bereichen enttäuscht worden sein. Genauso fragen sich jedoch auch die Amerikaner immer häufiger, inwieweit sie noch auf die Europäer eingehen sollten.

Überlegen wir doch mal die folgenden Streitpunkte: Führende Europäer votierten ursprünglich für Sanktionen und gegen einen Militäreinsatz zur Befreiung Kuwaits, gegen eine NATO-Erweiterung aus Rücksicht auf die Haltung Russlands,

gegen die Anwendung von Gewalt im Umgang mit Slobodan Milošević- und darüber hinaus gegen ein Raketenabwehrsystem, gegen sofortige Militäraktionen in Afghanistan und gegen die Abschaffung des alten ABM-Vertrages.

Die transatlantischen Gespräche zu strategischen Problemen, einst so harmonisch gestaltet durch die sowjetische Bedrohung, sind heute ungezwungener und offener als je zuvor. Das hat auch Vorteile. Aber die im letzten Jahrzehnt nicht beachteten Fragen können im kommenden nicht länger ignoriert werden. In dem Maße, wie Präferenzen in der Außen- und Verteidigungspolitik deutlicher werden, muss eine offenere und ehrlichere Diskussion über die jeweiligen Interessen und Kompetenzen geführt werden. Das amerikanische Interesse an neuen Vorstellungen zur Prävention und zu Präventivschlägen im Kampf gegen den Terrorismus wirft zum Beispiel ernsthafte juristische, moralische und strategische Fragen auf.

Bisher ist noch unklar, ob die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten eine ausreichende Basis schaffen können, um sich gemeinsam mit diesen Problemen auseinander zu setzen. Die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen scheinen sich heute mehr als je zuvor voneinander zu unterscheiden.

Hilflosigkeit Deutschlands

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das transatlantische Bündnis vor allem von der Vorstellung am Leben gehalten worden, dass, auch wenn das Fleisch schwach, so doch der Geist willig sei.

Westeuropa sieht sich ungünstigen demografischen Entwicklungen gegenüber (eine immer älter werdende Bevölkerung und zurückgehende Geburtenzahlen, eine umfangreiche Verpflichtung zu hohen Sozialabgaben und daraus resultierende niedrigere Wachstumsraten; und ein traditionell eher begrenztes Verteidigungs-

budget). Als Deutschland sein bescheidenes Truppenkontingent nach Afghanistan schickte, musste es die Ukraine um Flugzeuge bemühen, um seine Soldaten ins Feld zu bringen. Wenn Deutschlands Verteidigungsminister Peter Struck heute damit droht, aus Protest gegen die amerikanischen Kriegspläne Deutschlands Hand voll Fuchs-Aufklärungsfahrzeuge (Panzer zur Aufspürung biologischer und chemischer Waffen) aus Kuwait abzuziehen, sollte er lieber die Telefonnummer des Pentagon parat haben. Denn ohne die Hilfe der USA (oder anderer Staaten) hat Deutschland gar nicht die Möglichkeit, seine Ausrüstung abzutransportieren.

Bündnis am Ende?

Natürlich glauben die Vereinigten Staaten daran, dass sie das Irak-Problem gemeinsam mit den Europäern lösen werden. Die deutsche Irak-Position kann sich ja auch durchaus ändern. Aber käme der Sinneswandel nicht eher aus der Angst der Deutschen, ausgeschlossen zu werden? Und was kommt nach dem Irak? Auf dem NATO-Gipfel in Prag möchte sich das transatlantische Bündnis noch einmal erweitern. Entwickelt sich die NATO zu einer Art OSZE mit Auslegern? Vielleicht ist ja die Zeit des NATO-Bündnisses abgelaufen?

Vielleicht trennen sich die Wege Amerikas und Europas in aktuellen strategischen Schlüsselfragen. Wenn Verantwortlichkeiten und Kompetenzen weiterhin auseinander driften, kann man sich kaum etwas anderes vorstellen. Selbstverständlich würde niemand über eine vollständige Scheidung reden, aber sollte eine Trennung bevorstehen, wäre es für beide Seiten nur vernünftig, sich die Konsequenzen bewusst zu machen. Und es wäre durchaus nützlich zu wissen, was die Europäer wirklich erwarten – von sich selbst und von den Vereinigten Staaten.

Übersetzung: Beate Walter